



[www.de.indymedia.org](http://www.de.indymedia.org)  
[www.nadir.org/nadir/aktuell/schwerpunkte/bambule.html](http://www.nadir.org/nadir/aktuell/schwerpunkte/bambule.html)

**Bambule - Demo**

**am 08. 02., 13:00 Uhr, Wehberspark (Hamburg) /  
 Busstation Fructallee Linie 20 (oder U2 Christuskirche)**

**Montags-Demos auf St. Pauli**

**nächster Termin: Mo, 27. Januar um 18:00 Uhr**

**Treffpunkt: Zirkusweg 11 (ehem. Einfahrt Hafenkranhaus;  
 jetzt Seniorenohnanlage)**

Am Freitag, den 22.11.02 und am 10.01.03 trafen sich in der Friedenskirche AnwohnerInnen und Betroffene des Polizeieinsatzes in der Nacht des 18.11., um sich über die repressiven Vorgehensweisen der Polizei auszutauschen. Rechtsanwälte informierten über die Möglichkeiten, juristisch dagegen vorzugehen.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass wir uns solche Repressionen in St. Pauli nicht weiter gefallen lassen sollten.

Die Ereignisse am Montag nach dem

**St.- Pauli - Spiel** gegen Köln bildeten den

**Höhepunkt** der Eskalation durch die Polizei seit der

Räumung des Wagenplatzes Bambule. Sie zeigten, zu welchen Mitteln der Hamburger Senat zu greifen bereit ist:

Die Demonstration wurde in das Wohn- und Kneipenviertel St. Pauli Nord abgedrängt und letzten Endes dort eingekesselt. Jagdszenen spielten sich im Viertel ab:

Wasserwerfer, die schwere Knochenbrüche hervorrufen können, wurden fast wahllos eingesetzt; Menschen wurden mit Polizeiknüppeln brutal zusammengeschlagen. "269" Ingewahrsamnahmen stellen einen groben Rechtsbruch dar, der durch nichts zu rechtfertigen ist. DemonstrantInnen wurden mit Kabelbindern gefesselt und dann bis zu 6 Stunden festgehalten. Unterden Betroffenen befanden sich auch AnwohnerInnen und FC - St. - Pauli - Fans.

Ebenso spielten auf dem Treffen verschiedene Kürzungen im sozialen Bereich eine Rolle: Im

Frühjahr des Jahres wurden die letzten beiden verbliebenen Streetworker auf St. Pauli gekündigt, jetzt sollen 7 Stellen in der offenen Sozialarbeit und Suchtprävention im Viertel wegstrichen werden.

Die Politik des CDU-Schill Senats wurde in zwei wesentlichen Facetten deutlich:

Sozialabbau und Repression gegen alle, die „aufmucken“, gehen Hand in Hand.

Geld, das angeblich für soziale und Bildungszwecke nicht vorhanden ist, wird für massive und unnötige Polizeieinsätze, die inzwischen über Wochen andauern, vergeudet. Der Senat instrumentalisiert hierbei die Polizei bis hin zu Gewalteinsetzten, bei denen Menschen ins Krankenhaus geprügelt werden.

**Wir werden uns nicht einkesseln lassen.**

Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den Protesten gegen diese Politik zu beteiligen und sich dabei von der Polizei nicht provozieren zu lassen. Wir wollen dazu beitragen, dass die Ereignisse in der Nacht vom 18. auf den 19. November nicht vertuscht werden können.

Wir haben Augenzeugenberichte gesammelt und werden dies auch weiter tun. Wir bitten herzlich alle, die dies noch nicht getan haben, möglichst genaue **Gedächtnisprotokolle** über konkrete Ereignisse, zu **erstellen** und an die **Kontaktadresse** zu schicken.

Auch Menschen, die von den Einkesselungen und den ungerechtfertigten Ingewahrsamnahmen am 21.12. in der Innenstadt betroffen waren, möchten wir aufrufen sich an der Vernastaltung zu beteiligen. und sich gegen die Polizeiübergriffe zu wehren. Auch hier werden Augenzeugenberichte für Klagen dringend benötigt.

Für den 3. Februar laden wir zu einem Folgetreffen ein, das wiederum ein Forum für Betroffene und AnwohnerInnen sein soll. Rechtsanwälte, die sich für die juristische Aufarbeitung engagieren, werden von deren aktuellem Stand berichten.

## **Veranstaltung zu Polizeiübergriffen**

**am Montag, den 03.02.2003 ab 18:00 Uhr  
 im Pastorat der Friedenskirche  
 (am Brunnenhof 38)**

Aufrufer: Ariane Dandorfer, Martin Wittmaack, Friedrich Brandi (Friedenskirche)

Kontaktadresse:

Friedenskirche / Am Brunnenhof 38 / 22767 Hamburg;  
 oder: [st-pauli-wehrt-sich@nadir.org](mailto:st-pauli-wehrt-sich@nadir.org)